



Schulvertrag

für die Schulen in Trägerschaft der Diözese Eichstätt

Die Maria-Ward-Realschule Eichstätt ist eine katholische Schule in freier Trägerschaft gemäß can. 803 des Codex Iuris Canonici und Art. 7 Abs. 4 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie Art. 134 der Verfassung des Freistaates Bayern. Als Schule in freier Trägerschaft ist sie im Rahmen der Gesetze frei in der Entscheidung über eine besondere pädagogische, religiöse oder weltanschauliche Prägung, über Lehr- und Erziehungsmethoden, über Lehrstoff und Formen der Unterrichtsorganisation. Sie ist als staatlich anerkannte Ersatzschule verpflichtet, bei der Aufnahme, beim Vorrücken und beim Schulwechsel sowie bei der Abhaltung von Prüfungen die für öffentliche Schulen geltenden Regelungen anzuwenden.

Zwischen der Diözese Eichstätt als Schulträger der Maria-Ward-Realschule Eichstätt

vertreten durch Frau Prof. Dr. RSDin i. K. Barbara Staudigl als Schulleiterin
(im Folgenden als Schule bezeichnet)

- einerseits -

und

dem/der Schüler/in

.....

geboren am: in:

vertreten durch die Eltern/Erziehungsberechtigten Herrn/Frau

.....

(im Folgenden als Erziehungsberechtigte bezeichnet)

sowie den eben genannten Erziehungsberechtigten selbst

- andererseits -

wird folgender Schulvertrag geschlossen:

Die Schule nimmt den Schüler/die Schülerin mit

Wirkung vom in die Jahrgangsstufe auf.

§ 1 Bildungs- und Erziehungsziele

Die Eltern/Erziehungsberechtigten beauftragen die Maria-Ward-Realschule Eichstätt mit der schulischen Bildung ihres Sohnes/ihrer Tochter. Die Schule erfüllt dabei den in Art. 1 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen genannten Bildungs- und Erziehungsauftrag. Dabei sind christliche Glaubens- und Wertvorstellungen Grundlage für die Arbeit einer katholischen Schule in freier Trägerschaft (vgl. Grundordnung). Die Schule will den Schülern/Schülerinnen helfen, ihre individuellen Begabungen und Fähigkeiten zu entwickeln, notwendige Kenntnisse und Einsichten zu gewinnen, das bewährte Erbe der vergangenen Generationen aufzunehmen und zu pflegen und den Sinn der Werte zu entwickeln. Darüber hinaus will sie als Schule in kirchlicher Trägerschaft die Schüler/Schülerinnen befähigen, ein Leben aus dem Glauben zu führen und sich in der Welt christlich zu verhalten sowie in Verantwortung für Kirche und Welt einzusetzen.

§ 2 Vertragsbestandteile

Bestandteile dieses Vertrages sind:

- a) die Grundordnung für die katholischen Schulen in freier Trägerschaft in Bayern in der jeweils gültigen Fassung, ergänzend zu diesem Vertrag,
- b) die Hausordnung der Schule

§ 3 Schule

1. Die Schule erfüllt ihren Auftrag in der gemeinsamen Verantwortung aller Beteiligten. Das erfordert sowohl Übereinstimmung von Lehrkräften, Erziehungsberechtigten und Schülern/Schülerinnen in den Bildungs- und Erziehungszielen und der Arbeit der Schule zu ihrer Erreichung als auch vertrauensvolles Zusammenwirken.
2. Der konfessionelle Religionsunterricht ist wesentlicher Bestandteil des Unterrichts und für alle Schüler/innen verpflichtend. Eine freie Abwahlmöglichkeit im Blick auf das Fach Ethik wie an staatlichen Schulen ist nicht vorgesehen. Nichtchristliche Schülerinnen und Schüler haben ersetzend den Ethikunterricht zu besuchen.

§ 4 Schüler/Schülerin

1. Die Schule wünscht und fördert die Mitarbeit der Schüler/Schülerinnen in der Schülermitverantwortung.
2. Der Schüler/die Schülerin hat die Bildungs- und Erziehungsziele der Schule zu achten und nach Kräften dazu beizutragen, sie zu verwirklichen, regelmäßig am Unterricht und an sonstigen schulischen Veranstaltungen teilzunehmen, insbesondere sich auch am religiösen Schulleben zu beteiligen und an die Hausordnung zu halten.
3. Die nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften vorgesehenen Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen können getroffen werden. Bei ihrer Anwendung wird die Schule nicht hoheitlich tätig und ist nicht an das nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften einzuhaltende Verfahren gebunden. Die Schule kann unabhängig davon schuleigene Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen treffen.

§ 5 Erziehungsberechtigte

1. Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, in angemessenen Zeitabständen über Leistung und Verhalten des Schülers/der Schülerin Auskunft zu erhalten.
2. Die Erziehungsberechtigten haben den Schüler/die Schülerin zur Einhaltung seiner/ihrer Verpflichtungen anzuhalten. Sie sind ferner verpflichtet,
 - die Bildungs- und Erziehungsziele der Schule zu achten und nach Kräften dazu beizutragen, sie zu verwirklichen,
 - den Schülern/die Schülerin zur Beachtung der Hausordnung der Schule anzuhalten,
 - Verbindung mit Schulleitung und Lehrkräften zu halten, insbesondere auf deren Wunsch zur Besprechung über Leistung oder Verhalten des Schülers/der Schülerin in die Schule zu kommen.
3. Die Erziehungsberechtigten erklären sich bereit, nach Kräften in den Einrichtungen der Elternmitwirkung mitzuarbeiten.

§ 6 Haftung

1. Die Schule und ihre gesetzlichen Vertreter sowie Erfüllungsgehilfen haften außer für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Das gilt insbesondere für den Verlust mitgebrachter Sachen.
2. Für die Schüler/innen besteht gesetzlicher Unfallversicherungsschutz. Unfälle auf dem Schulweg sind unverzüglich zu melden.
3. Für Schäden, die von Schülern/innen verursacht werden, unterhält die Schule keine Haftpflichtversicherung. Es wird dringend empfohlen eine private Haftpflichtversicherung abzuschließen.

§ 7 Dauer

1. Der Schulvertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
2. Der Schulvertrag kann von den Erziehungsberechtigten oder volljährigen Schülern/Schülerinnen zum Schulhalbjahr (dem für die öffentlichen Schulen staatlicherseits festgesetzten Tag der Ausgabe der Zwischenzeugnisse) oder zum Schuljahresende (31. Juli) gekündigt werden. Bei einer von der Schule zu vertretenden Pflichtverletzung ist die Kündigung jederzeit möglich.
3. Der Schulvertrag kann aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden. Ein derartiger Grund ist gegeben, wenn das gegenseitige Vertrauensverhältnis so nachhaltig zerrüttet ist, dass einem Beteiligten das weitere Festhalten am Schulvertrag nicht mehr zugemutet werden kann. Gründe, die von Seiten der Schule zu einer fristlosen Kündigung führen liegen u.a. vor:
 - bei Abmeldung vom Religionsunterricht oder bei Austritt des Schülers/der Schülerin aus der Kirche
 - wenn die Erziehungsberechtigten oder der Schüler/die Schülerin sich in Gegensatz zu den Bildungs- und Erziehungszielen der Schule (§ 1 des Schulvertrages) stellen
 - bei mehrfachem unentschuldigtem Fernbleiben vom Unterricht oder schulischen Veranstaltungen
 - bei erheblichen Verstößen gegen die Hausordnung
 - bei Besitz oder Gebrauch von Drogen oder Waffen oder dem hinreichenden Verdacht strafbarer Handlungen, innerhalb oder außerhalb der Schule
 - bei Mobbing oder Gewalt gegenüber Schülern/Schülerinnen oder Lehrkräften
4. Die Kündigung erfordert Schriftform.

§ 8 Volljährigkeit des Schülers/der Schülerin

Mit Eintritt der Volljährigkeit des Schülers/der Schülerin scheiden die Erziehungsberechtigten aus dem Schulvertrag aus. Auch nach der Volljährigkeit darf den früheren Erziehungsberechtigten Auskunft über Leistung und Verhalten des Schülers/der Schülerinnen gegeben werden.

§ 9 Schulgeld und sonstige Zahlungen

1. Vom Schulträger wird monatlich derzeit ein Schulgeld von 122,50 € je Unterrichtsmonat (September bis Juli) erhoben. Es wird in Höhe des jeweiligen staatlichen Schulgeldersatzes von derzeit monatlich 102,50 € verrechnet (tatsächlich zu leisten wären: 20,00 €/Monat – Die Zahlung dieses Betrages ist ausgesetzt solange der Landkreis Eichstätt die Bezuschussung in der jetzigen Form beibehält.). Die Erziehungsberechtigten oder der volljährige Schüler/die volljährige Schülerin verpflichten sich, das Schulgeld zu den vorgesehenen Terminen pünktlich einzahlen zu lassen. Das gilt auch für die Erstattung von Gebühren, Materialkosten und sonstigen Auslagen. In der Abschlussklasse ist das Schulgeld bis zum Ende des Schuljahres zu bezahlen.
2. Auf jährlich zu stellenden Antrag der Eltern/Erziehungsberechtigten kann der Schulträger in sozialen Härtefällen das Schulgeld nach Abs. 1 ganz oder teilweise erlassen.
3. Erhöhungen des Schulgeldes sowie von Gebühren, Materialkosten und sonstigen Auslagen, die zur Kostendeckung nötig sind, wird zugestimmt. Die Erhöhung des Schulgeldes wird frühestens drei Monate nach der Mitteilung wirksam. Eine außerordentliche Kündigung des Schulvertrags durch die Erziehungsberechtigten zu dem vorgesehenen Zeitpunkt der Erhöhung ist möglich.

§ 10 Zusätzliche Vereinbarungen

Ergänzend wird folgendes vereinbart:

1. *Auf dem gesamten Schulgelände sowie innerhalb einer „Bannmeile“ um die Schule herrscht Rauchverbot.*
2. *Die Benutzung elektronischer Kleingeräte, die nicht zum Unterricht gehören (z. B. Mobiltelefone, mp3-Player u. ä.), ist auf dem gesamten Schulgelände ganztägig untersagt.*
3. *Bei Beschädigung von Schulbüchern werden anteilig Kosten erhoben.*

§ 11 Form, Nichtigkeit einer Vereinbarung

Änderungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Soweit in diesem Vertrag nichts geregelt oder eine Vereinbarung nichtig ist, gelten kirchliche Regelungen. Sind solche nicht vorhanden, gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Rechts, insbesondere die Vorschriften über den Dienstvertrag.

Eichstätt

.....

.....

Schulleitung

.....

Eltern/Erziehungsberechtigte, zugleich handelnd als gesetzliche Vertreter

Empfangsbestätigung

Wir bestätigen den Empfang von

- a) Ausfertigung des Vertrages
- b) Grundordnung für die katholischen Schulen in freier Trägerschaft in Bayern
- c) Hausordnung

Eichstätt, den

.....
Eltern/Erziehungsberechtigte